



ÖFFENTLICHE BESCHLUSSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:

61 Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Bauordnung

Beteiligt:

32 Fachbereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Betreff:

Erweiterung des Bewohnerparkraumkonzeptes in der Innenstadt

Beratungsfolge:

14.09.2022 Bezirksvertretung Hagen-Mitte
14.09.2022 Ausschuss für Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität
22.09.2022 Rat der Stadt Hagen

Beschlussfassung:

Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hagen beschließt die Erweiterung der Bewohnerparkzonen wie in dieser Vorlage dargestellt. Die Neufestlegung der Gebührenhöhe für einen Bewohnerparkausweis wird aufgrund der aktuellen Situation zurückgestellt.



Kurzfassung

Der Rat der Stadt Hagen hat mit seinem Beschluss vom 23.09.2021 (vgl. Drucksache 0295/2021) die Verwaltung beauftragt, die bestehende Parkraumbewirtschaftung hinsichtlich einer Ausweitung der Bewohnerparkzonen im Innenstadtbereich zu überprüfen.

Begründung

Der Entwurf des neuen Bewohnerparkraumkonzeptes sieht vor, die bestehenden Zonen A bis D um die Zonen F, G und H zu ergänzen und die Zone A zu erweitern (vgl. Anlage 1: „Änderung des Bewohnerparkraumkonzeptes“).

In den neuen Zonen F bis H soll zunächst die Regelungsart „Parkscheibe – Bewohner frei“ gelten. Durch die Beschränkung auf eine Höchstdauer von 2 Stunden soll die Attraktivität dieser Parkstände für Berufspendler, die in der Innenstadt arbeiten, gesenkt werden. Um private Besuche mit dem Pkw in den Abendstunden oder an Sonn- und Feiertagen weiterhin zu ermöglichen, wird diese Beschränkung werktags ab 18:00 Uhr bis 8:00 Uhr, an Sonn- und Feiertagen ganztägig aufgehoben.

Eine Erhebung aller öffentlichen Parkstände ist in diesen Bereichen nicht notwendig, da die beabsichtigte Regelung nicht dazu führt, dass Parkstände exklusiv dem Bewohnerparken vorenthalten werden und somit die in der VwV zur StVO vorgegebenen Höchstquoten pro Parkzone (exklusives Bewohnerparken darf tagsüber max. 50 %, nachts max. 75 % des gesamten Parkraumangebots der jeweiligen Parkzone betragen) nicht überschritten werden. Dadurch, dass zunächst weitere Prüfungen entfallen können, ist der hier vorgestellte Entwurf schneller und kostengünstiger umsetzbar, als detailliertere Konzepte.

Im Erweiterungsbereich der Parkzone A um die „Obere Wasserstraße“, die „Buschhofstraße“ und die „Düppenbeckerstraße“ sollen nach diesem Entwurf alle dort liegenden Parkstände ausschließlich mit einem Bewohnerparkausweis der Zone A nutzbar sein.

Die Erweiterung der Bewohnerparkzonen soll im Wesentlichen eine Erleichterung für die Bewohner der einzelnen Zonen darstellen, gleichwohl führt die Erweiterung auch dazu, dass Berufspendler diese Zonen nur noch sehr eingeschränkt nutzen können. Diese müssten entweder auf alternative Parkmöglichkeiten ausweichen oder (wenn möglich) auf andere Verkehrsmittel umsteigen.

In diesem Zusammenhang wurde von der Mitarbeitervertretung des Allgemeinen Krankenhauses in einem Brief an den Oberbürgermeister bereits darauf hingewiesen, dass sich für ihre Belegschaft die ohnehin schon schwierige Parkplatzsituation weiter verschärfen würde (vgl. Anlage 2: „Schreiben der MAV des AKH“). Zur Lösung dieser Problematik wird die Verwaltung gemeinsam mit dem Allgemeinen Krankenhaus Lösungsansätze erarbeiten.



Es muss folglich zwischen konkurrierenden Interessen abgewogen werden. Aus Sicht der Verwaltung ist sowohl der Schutz der Wohnquartiere vor Parksuchverkehr durch Externe, als auch die Erleichterung selbst einen Parkplatz in der Nähe der eigenen Wohnung zu finden, als das höhere Ziel zu bewerten.

Nach der grundsätzlichen Erweiterung der Bewohnerparkzonen soll das Konzept fortlaufend evaluiert werden, um es zukünftig in weiteren Schritten, je nach Bedarf, weiter zu verfeinern. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, ob zur Verringerung des Parkdrucks in der Innenstadt die Schaffung einer „Park+Ride-Anlage“ auf dem Otto-Ackermann-Platz möglich und sinnvoll wäre.

Anpassung der Gebührenhöhe

In Hagen kostet ein Bewohnerparkausweis aktuell 30,70 € pro Jahr. Im Februar 2022 hat die Landesregierung durch veränderte rechtliche Rahmenbedingungen die zuständigen örtlichen Behörden dazu ermächtigt, selbständig eine Festlegung der Gebührenhöhe für das Bewohnerparken vorzunehmen. Aufgrund der aktuellen Situation erscheint eine Erhöhung der Gebühren zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht angemessen. Die angestrebte Neufestlegung der Gebührenhöhe für einen Bewohnerparkausweis soll daher verschoben und erst in den kommenden Jahren vorgenommen werden. Eine solche Gebührenanpassung erfolgt ohnehin nicht zum Zweck der Einnahmenerhöhung und muss auch unter sozialpolitischen Aspekten abgewogen werden.

Stand jetzt hat in Nordrhein-Westfalen auch noch keine Kommune eine solche Neufestlegung umgesetzt.

Umsetzung des erweiterten Bewohnerparkraumkonzepts

Aus personellen und organisatorischen Gründen wird eine schrittweise Ausweitung des bestehenden Bewohnerparkraumkonzepts angestrebt. Dabei soll zunächst die Erweiterung der Parkzone A umgesetzt werden und danach nacheinander die neuen Zonen F und H. Die Umsetzung der Parkzone G erfolgt zuletzt, da hier noch gemeinsam mit dem Allgemeinen Krankenhaus Lösungsmöglichkeiten für die dort vorherrschenden Parkraumengpässe erörtert werden sollen.

Auswirkungen auf das Antragsvolumen

Es ist davon auszugehen, dass eine so große Ausweitung der Bewohnerparkzonen auch zu einem deutlich vergrößerten Volumen an Bewohnerparkausweisanträgen führt. Zur Abschätzung des Mehraufwandes wurden die Einwohnerzahlen in den bisherigen Bewohnerparkzonen mit denen in den Erweiterungsbereichen verglichen:



	Parkzone	Anzahl Einwohner	Summe
Bestand	A	2.283	12.486
	B	2.176	
	C	4.837	
	D	2.776	
	E	414	
Erweiterungsbereich	A (Erweiterung)	274	14.118
	F (neu)	4.421	
	G (neu)	6.464	
	H (neu)	2.959	

Es zeigt sich also, dass sich durch die vorgeschlagene Erweiterung die Anzahl der Einwohner, die in einer Bewohnerparkzone leben, von ca. 12.500 auf ca. 26.500 mehr als verdoppelt. Es ist weiterhin anzunehmen, dass die private Pkw-Verfügbarkeit in den neuen Zonen mindestens so hoch ist, wie in den Bestandszonen. Daraus lässt sich schließen, dass sich auch das Antragsvolumen mehr als verdoppelt.

Für die Jahre 2020 und 2021 stellt sich das Volumen der ausgestellten Bewohnerparkausweise wie folgt dar:

2020	4.539 Ausweise (+ Nachbearbeitung von Online-Anträgen: ca. 200 Ausweise) Insgesamt: ca. 4.739 Ausweise
2021	3.731 Ausweise (+ Nachbearbeitung von Online-Anträgen: ca. 1.000 Ausweise) Insgesamt: ca. 4.731 Ausweise

Hierzu ist anzumerken, dass erst im September 2020 das Online-System zur Beantragung von Bewohnerparkausweisen an den Start gegangen ist. Außerdem wurden im Jahr 2021 als Folge der Flutkatastrophe vermehrt neue Fahrzeuge mit neuen Kennzeichen zugelassen, für die dann auch neue Bewohnerparkausweise beantragt wurden.

Im Schnitt wurden in den vergangenen Jahren also ca. 4.735 Ausweise pro Jahr beantragt. Unter der Annahme, dass sich das Antragsvolumen durch die vorgeschlagene Erweiterung mindestens verdoppelt, erhöht sich das Antragsvolumen auf ca. 10.000 beantragte Ausweise pro Jahr.



Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

☒ sind nicht betroffen

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

☒ keine Auswirkungen (o)

Finanzielle Auswirkungen

☒ Es entstehen weder finanzielle noch personelle Auswirkungen.

Begründung: Bei dem Beschlussvorschlag handelt es sich zunächst um einen Grundsatzbeschluss zur Erweiterung des Bewohnerparkens.

gez. Erik O. Schulz
Oberbürgermeister

gez. Henning Keune
Technischer Beigeordneter

gez. Sebastian Arlt
Beigeordneter



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Erster Beigeordneter
und Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r

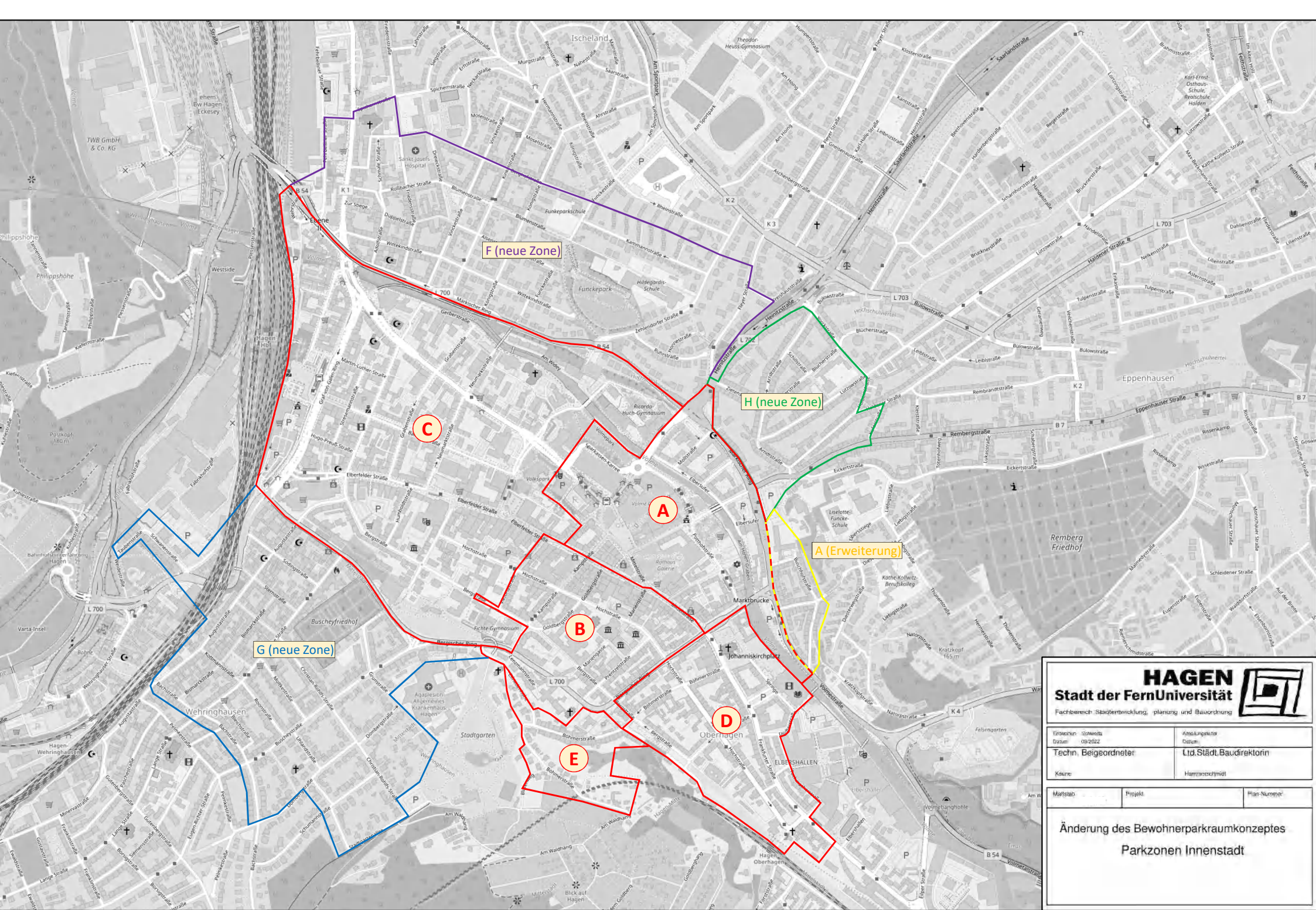
Amt/Eigenbetrieb:

Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:



HAGEN
Stadt der FernUniversität



Fachbereich Stadtentwicklung, Planung und Bauordnung

Erstellt: 07.06.2022	Anlasspunkt:
Datum: 09.05.22	Datum:
Techn. Beigeordneter	Lfd. Städt. Baudirektorin
Karte:	Hauptmessen

Maßstab:	Projekt:	Plan-Nummer:
----------	----------	--------------

Änderung des Bewohnerparkraumkonzeptes

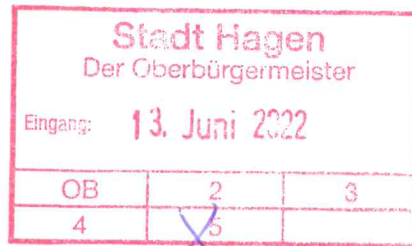
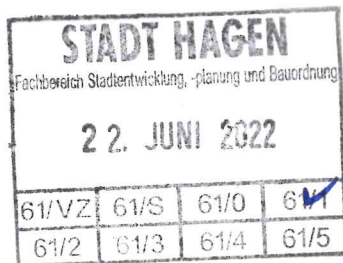
Parkzonen Innenstadt



AGAPLESION ALLGEMEINES KRANKENHAUS HAGEN
Grünstraße 35 58095 Hagen

Stadt Hagen
Oberbürgermeister der Stadt Hagen
Herrn Eric O. Schulz

58042 Hagen



AGAPLESION ALLGEMEINES
KRANKENHAUS HAGEN

**Sekretariat
Mitarbeitervertretung**
Ramona Schulz

Grünstraße 35
58095 Hagen
T (02331) 201 - 1525
F (02331) 201 - 6007
mav.akh@agaplesion.de
www.akh-hagen.de

www.agaplesion.de

Diakonie ☒

**Akademisches Lehrkrankenhaus
der Ruhr-Universität Bochum**

10.06.2022/AI-Schu

Planung von Anwohner-Parkzonen in Wehringhausen

Sehr geehrter Herr Schulz,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt Hagen,

als Interessenvertretung der Beschäftigten im Agaplesion Allgemeinem Krankenhaus Hagen gGmbH, wurden wir darüber informiert, dass Sie in Ihrer Sitzung vom 12.05.2022 den Tagesordnungspunkt „Anwohner-Parkplätze in Wehringhausen“ besprochen haben. Als Ergebnis soll in Kürze der Bereich rund um das AKH mit Anwohner-Parkzonen entstehen.

Wir möchten Sie bitten, bei den Überlegungen folgende Aspekte zu berücksichtigen: Das AKH ist mit fast 1.200 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber in Hagen.

Bitte bedenken Sie, dass wir als Klinik einen sehr großen Einzugsbereich an Mitarbeiter:innen benötigen. In der Presse können Sie regelmäßig lesen, wie schwierig es ist Pflegepersonal zu gewinnen. Mit der Verschärfung der Parkregelungen gehen wir davon aus, dass dadurch ein zusätzlicher Wettbewerbsnachteil entsteht. Dies wurde uns in der bereits bestehenden Situation deutlich gemacht. Bei der Zusammenlegung der Hagener- und Iserloher Kinderklinik im April diesen Jahres, wurde uns in den Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen mitgeteilt, dass ein Grund nicht aus Iserlohn zu wechseln, die fehlenden Parkmöglichkeiten am AKH sind.

Unsere Geschäftsführung ist seit Jahren bemüht, in den umliegenden Parkhäusern Mietparkplätze für die Beschäftigten zu bekommen. Das sollte Ihnen bekannt sein, denn das AKH hat sich vor einigen Jahren bemüht, als Betreiber für das Parkhaus Mittelstadt

Verantwortung zu übernehmen, dem Sie als Rat nicht zugestimmt haben. Selbst bei der Absicht, mehr eigene Parkmöglichkeiten zu schaffen, ist es für das AKH aufgrund der Grundstückslage nicht möglich, Abhilfe zu schaffen.

Wir haben Verständnis dafür, dass die Anwohner:innen mit der aktuellen Situation nicht zufrieden sind, doch wir benötigen eine Lösung, die nicht nur zu Lasten der Mitarbeiter:innen, Patient:innen und Besucher:innen des AKH geht.

Wir würden es begrüßen, wenn Sie in dieser Sache den Dialog mit uns aufnehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Ralf Albrandt
MAV-Vorsitzender